

# Schweiz will EU austricksen

Bundesrat beschliesst Nachverhandlungen zu Steuervertrag mit Deutschland



Unterzeichnung des Steuerabkommens: Finanzministerin Widmer-Schlumpf und Bundesfinanzminister Schäuble im September 2011 FOTO: AP/KEY

VON JOËL WIDMER

**BERN** Die Schweiz ist bereit, mit Deutschland und Grossbritannien Nachverhandlungen zu den Steuerabkommen zu führen. Laut Recherchen der SonntagsZeitung hat der Bundesrat in einem vertraulichen Beschluss vom 16. Dezember das Finanzdepartement dazu ermächtigt. Primäres Ziel der Nachverhandlungen ist es, der Kritik der EU-Kommission an den Abkommen zu begegnen. Die EU moniert, dass die Abgeltungssteuerabkommen das Zinsbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und der Union unterlaufen würden.

Laut gut unterrichteten Quellen will die Schweiz aber im Abgeltungssteuermodell nicht etwa auf die Zinsbesteuerung verzichten. Der mit den beiden EU-Staaten schon besprochene Plan sieht vor, die Zinszahlungen formal aus

den Staatsverträgen auszuklamern. Materiell würde die Abgeltungssteuer auf Zinsen in der Schweiz dennoch im Gesetz festgeschrieben. Im Gegenzug würden Grossbritannien und Deutschland in ihren nationalen Gesetzen festlegen, dass die Schweizer Quellensteuer für Bürger ihres Landes abgeltende Wirkung hätte. Über diese Regelung der Abgeltungssteuer im Zinsbereich gäbe es also keinen Staatsvertrag mehr, sondern lediglich eine Verständigung auf Regierungsebene. Damit hätte die EU-Kommission keine Möglichkeit mehr, rechtlich gegen die bilateralen Regelungen von Deutschland und Grossbritannien vorzugehen.

Bundesratssprecher André Simonazzi bestätigte, dass der Bundesrat am 16. Dezember die Steuerabkommen diskutiert hat. Gegen aussen wird aber der

Begriff Nachverhandlungen vermieden. Simonazzi sagt lediglich: «Die Schweiz führt zur Zeit Gespräche über mögliche technische Anpassungen an den Abkommen mit Deutschland und dem Vereinigten Königreich, die unter anderem eine klare Abgrenzung der Anwendungsbereiche des Zinsbesteuerungsabkommens Schweiz-EU und der Quellensteuerabkommen sicherstellen sollen.»

## Ruf bei der EU-Kommission wird sicher nicht gestärkt

Die Idee der Ausklammerung der Zinszahlungen hat laut Insidern Grossbritannien aufgebracht. Die Briten zeigten im Moment auch eher Interesse daran, das Vorgehen der EU-Kommission zu erklären, so eine gut informierte Quelle. Je nach Reaktion der Kommission könnte die Bereitschaft der beiden Länder sinken, auf einen solches Konstrukt ein-

zugehen. Und der Ruf der Schweiz bei der EU-Kommission, mit welcher der Bundesrat in schwierigen Gesprächen über die Zukunft der bilateralen Beziehungen steckt, wird sicher nicht gestärkt.

Neben der formellen Ausklammerung der Zinszahlungen hat der Bundesrat Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf noch zu weiteren Konzessionen ermächtigt. So darf sie laut gut informierten Quellen die Zahl der «Blanko»-Amhilfegesuche für Erbschaftsfälle moderat erhöhen.

Und gegenüber dem deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble ist der Bundesrat zu einer weiteren Änderung bereit. So könnte die Bestimmungen im Abkommen zur Aufteilung der Steuererträge innerhalb Deutschlands gestrichen werden. Damit könnte Schäuble der innerdeutschen Opposition entgegenkommen.

MARTIN JANSSEN



## Altersvorsorge: Es braucht neues Gleichgewicht

**Die Arbeitseinkommen der Erwerbstätigen sind im Wesentlichen zu 100 Prozent selber verdient.** Bei den Renten ist das oft anders. Die Renten der obligatorischen zweiten Säule, beispielsweise, die heute für Neurentner festgelegt werden, sind – gemessen an der Lebenserwartung und am realisierbaren Vermögensertrag – ungefähr ein Drittel zu hoch. Das heisst, dass nur 75 Prozent der neu bezahlten Renten direkt oder indirekt auf Beiträge dieser Personen zurückzuführen sind. 25 Prozent stammen aus den Beiträgen der heute jüngeren Erwerbstätigen. Fast unnötig zu sagen, dass die zweite Säule auf diese Weise nicht überleben wird. **Dass in dieser Situation die potenziell am meisten Betroffenen, die älteren Erwerbstätigen, mit «Hände weg von unseren Renten» reagieren, ist verständlich.** Mindestens ebenso verständlich wäre der Ruf «Hände weg von unserem Einkommen» der jüngeren Arbeitnehmer, die nicht nur in den Unternehmungen ein Viertel der obligatorischen Renten der Neurentner finanzieren, sondern auch noch Steuern für die Renten in den Gemeinwesen zahlen.

**Der Ausweg aus diesem Dilemma kann nicht einfach über höhere Steuern führen,** die nur bei der öffentlichen Hand zu einer teilweisen Linderung beitragen. Betrachtet man nur die zweite Säule, muss die Lösung über die Variablen führen, welche die Rentenhöhe mitbestimmen: den Zeitpunkt des Beginns des Kapitalaufbaus, die Höhe der Beiträge, die Risiken und die erwarteten Erträge der Kapitalanlagen, den Zeitpunkt der Pensionierung (die Aufteilung des Lebens Einkommens auf Arbeits- und Pensionierungszeit), die Höhe und das Risiko der Renten. Obwohl zurzeit alles in die andere Richtung läuft: Am wichtigsten sind Transparenz, Wettbewerb und weniger Regulationen. Sie würden innerhalb kurzer Zeit zur notwendigen Reduktion der Kosten bei der Kapitalanlage, bei der Versicherung, bei der Administration und bei den anderen Zulieferern führen. Auf diese Weise könnte ein Teil der administrativen Kapitalvernichtung und der nicht marktgerechten Entschädigungen in Kapitalwachstum und höhere Renten umgewandelt werden. Die Politik muss daneben aber auch integrale Ansätze über andere Sozialwerke (Kranken-, Unfall, Arbeitslosenversicherung etc.) hinweg, beispielsweise die negative Einkommenssteuer, in Erwägung ziehen.

Martin Janssen ist Professor am Institut für Banking und Finance der Universität Zürich.

## Daten-Striptease am Silvester

Alle betroffenen Banken werden die geforderten Daten an die USA abliefern

**BERN/ZÜRICH** Bis Silvester verlangen die USA den grossen Daten-Striptease von Schweizer Banken mit vermöglicher US-Klientel. Alle elf betroffenen Banken bieten Hand, wie Recherchen der SonntagsZeitung zeigen. Einzig die Zürcher Kantonalbank hat sich, wie bereits bekannt, für Direktverhandlungen mit den Amerikanern entschieden. Die übrigen zehn Institute überlassen die Offenlegung dem zuständigen Bundesamt für Justiz. Das ist das Ergebnis einer Sitzung vom Mittwoch am Hauptsitz der Bankenaufsicht Finma in Bern. Die Gruppe der zehn, angeführt von CS, Julius Bär und Wegelin, hat sich für die «vereinfachte» Rechtshilfe entschieden.

Damit erklären sich die Banken einverstanden, das Datenmaterial über ihr US-Offshore-Geschäft ohne Umwege den US-Strafbehörden auszuhändigen. Die Lieferung koordiniert Bern.

Nachdem die SonntagsZeitung das US-Angebot auf Straffreiheit gegen Total-Offenlegung bekannt gemacht hatte, hat Bern den Ban-

ken einen Maulkorb umgebunden. Auch das Finanzstaatssekretariat schweigt.

Nur die unter besonderem Druck stehende Basler KB zeigte sich etwas offener. Laut einem Sprecher unterstützt das Staatsinstitut «den von den Schweizer Behörden vorgeschlagenen Weg im Hinblick auf eine gemeinsame Lösungsfindung». Die Basler werden durch einen verurteilten Ex-UBS-Kundenberater belastet.

### Der Daten-Deal ist der Auftakt zur grossen Kapitulation

Die ZKB geht einen eigenen, direkten Weg. «Das US-Justizministerium DOJ hat uns diese Woche in einem freundlich abgefassten Brief mitgeteilt, dass wir ein Ziel sind», sagt Sprecher Urs Ackermann. Der ZKB-Alleingang führt zwar zum gleichen Resultat, birgt aber das Risiko von Fehlern. Riskant ist, dass die USA die Namen von Vermögensberatern und Bankenchefs haben wollen.

Das Bundesamt für Justiz hält im Wording fest, dass die Dokumente für das DOJ «auch die Na-

men von Mitarbeitenden enthalten, sofern die Rechtshilfe unter der Auflage gewährt wird, dass das DOJ die übermittelten Unterlagen nicht für individuelle Strafverfahren gegen Mitarbeitende verwendet, sondern ausschliesslich für Untersuchungen gegen die betroffenen juristischen Personen». Das Justizamt wollte sich nicht äussern.

Persönlichkeiten wie Wegelin-Partner Konrad Hummler und Bär-Präsident Raymond Bär könnten den USA gemeldet werden. Sie haben daher Interesse daran, dass ihre Namensnennung keine strafrechtlichen Folgen für sie hat. Der Daten-Deal ist der Auftakt zur grossen Kapitulation. Bis Frühling dürften die Banken Einzelabkommen à la UBS abschliessen; nach dem Ja des Nationalrats zu «Fishing Expeditions» legt die Schweiz wohl Tausende US-Kundennamen offen. Am Ende will Bern seine Kosten von geschätzten 50 Millionen von den Banken zurückvergütet haben. «Wofür?», fragt ein Involvierter. LUKAS HÄSSIG

ANZEIGE



### Kuhinvestment –

Noch nie schmeckte Ihnen Ihr Investment so gut!

Tiergerecht

Naturnah

Einzigartig

Gesund



Dokumentationsmaterial stellen wir Ihnen gerne unverbindlich zu:

Natur Konkret - Guido Leutenegger  
Casa Scatola, 6670 Avegno, Tel. 091 753 13 09, g.leutenegger@bluewin.ch

www.natur-konkret.ch